

«Transparenz ist nicht wirklich gefragt»

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Wilfried Marxer, Politologe und Leiter des Liechtenstein-Instituts, findet es in Bezug auf Korruption gefährlich, dass die Kontrolle des Parlaments, der Medien wie auch der Zivilgesellschaft hierzulande oft zu schwach ist und dadurch Schaden entsteht.

WEISS Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) hat sich zum Ziel gesetzt, Staaten für Korruptionsmechanismen zu sensibilisieren und gegen Korruption Druck aufzubauen. Im letzten Bericht wurde die Offenlegung der Parteienfinanzierung thematisiert. Ist dies eines der drängendsten Themen?

Wilfried Marxer Das drängendste vielleicht nicht. GRECO sieht vier Evaluationsrunden vor. In der ersten Runde wurden die Unabhängigkeit, die Spezialisierung und die Mittel der Behörden, die mit der Korruptionsbekämpfung betraut sind, untersucht, ferner die Frage der Immunität gegen Untersuchungen, Verfolgung oder Verurteilung. In der zweiten Runde wurden Erträge aus Korruptionsdelikten sowie Korruption im Kontext öffentlicher Verwaltungen und juristischer Personen unter die Lupe genommen. In der dritten Runde ging es um die strafrechtlichen Bestimmungen sowie die Transparenz in der Parteienfinanzierung. In der vierten, für Liechtenstein noch ausstehenden Runde wird es um Korruptionsprävention in Be-

zug auf Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte gehen. Jeder dieser Schwerpunkte hat seine Berechtigung.

Wo wirkt sich die Vetternwirtschaft Ihrer Ansicht nach in Liechtenstein am schädlichsten aus?

Das wäre noch genau zu untersuchen. Gefährlich finde ich im Kleinstaat generell, dass die Kontrollmechanismen aufgrund von Rücksichtnahme, parteipolitischen Überlegungen, verwandtschaftlichen Verhältnissen, mangelhafter Kontrollfunktion des Parlaments, der Medien wie auch der Zivilgesellschaft oft zu schwach sind oder zu spät greifen und dadurch Schaden entsteht. Das 300-Millionen-Loch bei der staatlichen Pensionskasse, das gestopft werden musste, ist ein gutes Beispiel.

Ist der Frust über Korruption in Liechtenstein direkt oder indirekt «messbar»? Gibt es Untersuchungen zum Thema?

Bei Korruption denkt man zuerst an illegale oder illegitime Geldzahlungen

für Gegenleistungen. Wenn man den Korruptionsbegriff wie GRECO weiter fasst und die Günstlingswirtschaft und ähnliches miteinschliesst, gibt es schon Indizien für Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Dass seit 2013 erstmals vier Parteien im Landtag vertreten sind und die Opposition gestärkt wurde, ist vielleicht ein Indiz. Die Nachwahlbefragung 2013 hat gezeigt, dass das Vertrauen in die Politik zum damaligen Zeitpunkt deutlich abgenommen hatte – allerdings bewegt es sich im internationalen Vergleich immer noch auf hohem Niveau, was auch in neueren Umfragen bestätigt wird. Explizite Studien zur Korruption oder dem Frust darüber sind aber bisher nicht durchgeführt worden.

GRECO kam zum Schluss, dass die Parteienfinanzierung in Liechtenstein endlich klar geregelt und vor allem die Offenlegung kontrolliert werden muss. Verbessert die Transparenz in Liechtenstein die demokratischen Prozesse?

Transparenz steht einer Demokratie prinzipiell gut an. Nicht zuletzt kann damit allenfalls Gerüchten vorgebeugt werden, dass Parteien und deren Entscheidungen in der Regierung und im Landtag von Financiers im Hintergrund gesteuert werden. Man sollte aber die Wirkung von Geldgebern nicht überschätzen. Es gewinnt nicht unbedingt diejenige Partei bei Wahlen oder Volksabstimmungen, die am meisten Geld investieren kann. Die Unabhängigen haben beispielsweise 2013 vier Landtagsmandate mit minimalem finanziellem Aufwand geschafft.

«Das Vertrauen in die Politik hat abgenommen.»



Zur Person

Wilfried Marxer ist Politologe und Leiter des Liechtenstein Instituts. Er erforscht unter anderem das Wahl- und Abstimmungsverhalten in Liechtenstein und die Liechtensteiner Medien.

Welchen Einfluss hat der Druck der GRECO auf Liechtenstein? Kann die Regierung den Bericht mit kleineren Alibiübungen erledigen oder würde daraus ein Imageschaden oder gar ein Grund für einen Ausschluss aus der Staatengruppe gegen Korruption erwachsen?

GRECO hat nicht sehr viel Durchsetzungsmacht. Im Falle der Schweiz nahm GRECO in einem Zwischenbericht über die Konformität der Schweiz, der am 17. August 2015 verabschiedet wurde, «mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Schweizer Regierung beschlossen hat, zurzeit im Bereich der Transparenz der Finanzierung der politischen Parteien und der Wahlkampagnen nicht gesetzgeberisch tätig zu werden». GRECO bedauert auch, dass eine entsprechende parlamentarische Initiative keine Mehrheit fand. Also werden sie weiter den Finger auf den wunden Punkt legen.

Die Staatengruppe beurteilte die Bitte aller Parteien mit Ausnahme der Freien Liste um «Vertraulichkeit» bei Parteifinanzien wörtlich als «etwas merkwürdig», da das Prinzip der Offenlegung bereits 1995 eingeführt worden sei. Schert sich die Liechtensteiner Politik wenig um internationale Standards?

GRECO mahnt mehr Transparenz an. Was sie aber besonders erstaunt: Das liechtensteinische Gesetz zur Parteienfinanzie-

rung verlangt sogar die Veröffentlichung der Jahresrechnung in geeigneter Form. Dies wurde 1995 neu in das Parteiförderungsgesetz aufgenommen, wird aber nicht umgesetzt.

GRECO bemängelt generell, dass es in Liechtenstein zwar Vereinbarungen gibt, aber keine Oberaufsicht eingesetzt wird und somit keine Sanktionen gesprochen werden.

Dass keine unabhängige Aufsicht besteht, zeigt, dass Transparenz in der Parteienfinanzierung nicht wirklich gewünscht ist. Im Bericht und Antrag der Regierung Nr. 110/1994 vom 22. November 1994 hiess es zur neu einzuführenden Veröffentlichungspflicht der Parteien allerdings: «Nachdem es sich bei den Beiträgen um Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln handelt, ist die Verpflichtung zur Veröffentlichung der jeweiligen Jahresrechnungen sicher gerechtfertigt.» Am 14. Dezember 1994 in erster Lesung sowie am 22. März 1995 in zweiter und dritter Lesung segnete der Landtag dies diskussionslos ab. Allerdings auch folgenlos.

Sind kleine politische Einheiten grundsätzlich anfälliger für Korruption?

Nicht zwangsläufig. Schauen wir mal nach China oder Russland. Oder in die USA, wo eine Präsidentschaftskandidatur

Interview Korruptionsbekämpfung

inzwischen unter 1 Mia. Dollar nicht zu gewinnen ist. Da entstehen selbstverständlich Abhängigkeiten, selbst wenn die Finanzierung mehr oder weniger transparent ist.

Bei den anstehenden Landtagswahlen lässt sich wohl erneut beobachten, dass viele der Kandidaten später im Regierungsumfeld, in Verwaltungsräten, in den Parteien und sogar in Ämtern eine Anstellung finden werden. Wann sind solche Besetzungen legitim? Wann ist der Vorwurf des Nepotismus gerechtfertigt?

Ob das der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Aber mal anders betrachtet: Eine Kandidatur sollte umgekehrt auch nicht zu einem Jobhindernis werden. Wenn bei jeder Stellenbesetzung der Korruptionsvorwurf im Raum steht, wird sich bald niemand mehr für ein politisches Amt zur Verfügung stellen. Es profitieren auch nicht alle karrieremässig von einer Kandidatur. Im Übrigen ist auch der Wechsel von der Politik in die Privatwirtschaft mitunter kritisch zu beurteilen, wenn zum Beispiel eine starke Nähe zwischen dem Regierungsamt und einem nachfolgenden beruflichen Engagement besteht. Die richtige Qualifikation für einen Job sollte jedenfalls immer im Vordergrund stehen.

Ist die Jöbli-Vergabe der Grossparteien ein Verkaufsargument für einen Parteieintritt oder wird sie allmählich zu einem Bumerang bei der Wählergunst?

Ich nehme an, dass nur wenige Kandidatinnen und Kandidaten damit rechnen, dass ihnen das politische Engagement berufliche Vorteile bringt. Vielleicht lehnen sogar einige eine Kandidatur ab, weil sie Nachteile befürchten. Soll beispielsweise jemand mit Interesse an einer Amtsleitung für den Landtag kandidieren? Ist das wirklich vorteilhaft? Einigen hilft das vielleicht, manchen anderen wohl nicht. Dass im engen Regierungsumfeld Personen mit Parteienähe bevorzugt werden, ist naheliegend. Dies sind aber vielfach keine Jobs für die Ewigkeit – gerade weil die Parteifarbe eine Rolle spielt.

Nicht nur die Offenlegung der Spenden sondern auch die Parteienfinanzierung durch Staat und Gemeinden ist ein Thema. Die Grossparteien haben die Parteienfin-

anzierung zu ihren Gunsten umverteilt und z. T. leicht gekürzt. Darauf hat der GRECO-Bericht auch Bezug genommen.

Eine spezifische staatliche Wahlkampffinanzierung gibt es nicht. Die beiden Grossparteien haben sicher Vorteile in der Berichterstattung im Liechtensteiner Volksblatt beziehungsweise Liechtensteiner Vaterland. Die Glaubwürdigkeit dieser Medien ist in Wahlkampfzeiten allerdings nicht besonders hoch. Bei Radio Liechtenstein und IFLTV bekommen alle Parteien Gelegenheit, sich zu präsentieren. Bei der Parteienfinanzierung auf Landesebene wird in Relation zum Stimmenanteil bei den Wahlen ein Betrag von 710'000 Franken ausgeschüttet, zusätzlich ein pauschaler Betrag von 55'000 Franken für jede im Landtag vertretene Partei. Das ergibt pro Mandat bei der FBP knapp 34'000 Franken, bei der FL gut 44'000 Franken, die anderen beiden Parteien liegen dazwischen. ■

«GRECO werden weiter den Finger auf den wunden Punkt legen.»
